



ERITREA



30.09.2025

Botschaft des Staates Eritrea in Deutschland
- Public Diplomacy und Medien

9. Jahrgang / Nr . 9

Erklärung von Außenminister Osman Saleh auf der 80. Sitzung der UN-Generalversammlung



Exzellenz, Frau Annalena Baerbock, Präsidentin der 80. Sitzung der UN-Generalversammlung;
Exzellenz, Antonio Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen;
Sehr geehrte Delegationsleiter;
Sehr geehrte Delegierte;
Meine Damen und Herren;
Herr Präsident,

Ich möchte mich meinen Vorrednern anschließen und Ihnen, Exzellenz, zu Ihrer Wahl zum Präsidentin der 80. Sitzung der UN-Generalversammlung gratulieren.

Während der 79. Sitzung der UN-Generalversammlung im letzten Jahr habe ich kurz vom Thema abgewichen, um vor dem Hintergrund und zum Zwecke der historischen Referenz auf den kollektiven Weg der Menschheit in den letzten 100 Jahren einzugehen.

In diesem Zusammenhang lassen sich die bestimmenden Merkmale dieses Jahrhunderts wie folgt zusammenfassen: das Scheitern des nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten Völkerbundes, die hohen Ziele

des Friedens, des Wirtschaftswachstums und des Wohlstands für die gesamte Menschheit zu gewährleisten; verpasste Chancen auch nach der Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945 und bis zum Ende des Kalten Krieges; und rücksichtsloses und gefährliches Handeln in der vorherrschenden unipolaren Weltordnung der letzten dreißig Jahre.

Wir sind uns alle einig, dass der Völkerbund und die Vereinten Nationen ursprünglich als tragfähige Strukturen der globalen Governance konzipiert wurden, um die von uns allen geschätzten hohen Ziele voranzubringen. In dieser Hinsicht und in einer Zeit, in der die Menschheit den Übergang von der alten, überholten Weltordnung zu einer neuen anstrebt, muss das übergeordnete Ziel darin bestehen, jenseits tangentialer ideologischer Auseinandersetzungen dauerhafte Lösungen für grundlegende und ungelöste Probleme zu finden, mit denen unsere Weltgemeinschaft weiterhin zu kämpfen hat.

Wirtschaftliche Ungerechtigkeit ist seit jeher die größte Herausforderung für die Menschheit und alle Völker insgesamt – von primitiven Gesellschaftssystemen über die Epochen der Sklaverei und Kolonialisierung bis hin zu unserer heutigen Zeit im „entwickelten“ 21. Jahrhundert.

Die immer wiederkehrenden Herausforderungen ergeben sich aus den Modalitäten der Schaffung und Anhäufung von Reichtum, insbesondere im Zusammenhang mit der Verteilung von Reichtum und Einkommen.

Tatsache ist, dass vergangene und gegenwärtige globale Systeme weitgehend auf Monopol, Plünderung und Betrug beruhen. Die zu diesem Zweck geschaffenen Herrschaftsstrukturen und die damit einhergehenden politischen Maßnahmen, die aufgebauten militärischen Kräfte und die durchgeführten militärischen Angriffe sind in Wirklichkeit nur Werkzeuge/Mittel der Herrschaft und Plünderung.

In ähnlicher Weise werden verschiedene „wirtschaftliche“ und finanzielle Strukturen im Wesentlichen geschaffen, um die Ziele der Herrschaft und Plünderung zu unterstützen. Politische Maßnahmen und Operationen zur Ausweitung von „Einflusssphären“ sind ebenfalls reine Mittel der Herrschaft und Plünderung. Subtile Korruption ist ein weiteres Mittel der Herrschaft und Plünderung. Kriege, Konflikte und Krisen werden ebenfalls ausschließlich zum Zweck der Herrschaft und Plünderung geschürt und verschärft. Propaganda und Täuschung werden für ähnliche Ziele als Waffen eingesetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zentrale Herausforderung besteht darin, eine neue „Weltordnung“ zu schaffen, die Gerechtigkeit und Fairness fördert und die derzeitige globale Governance-Architektur ersetzt, deren bestimmende Merkmale nach wie vor Herrschaft, Ausbeutung, Täuschung und Unterdrückung sind.

Die sich zuspitzenden Konflikte in verschiedenen Teilen unserer Welt, darunter auch in den entwickelten und industrialisierten Regionen, die sich in groß angelegten Demonstrationen der Bevölkerung gegen die

katastrophale wirtschaftliche Entwicklung und die erdrückende Verschuldung der Regierungen äußern, sind nur die Spitze des Eisbergs.

Was jedoch äußerst besorgniserregend ist, ist die erschreckende wirtschaftliche Lage in den unterentwickelten Ländern, insbesondere auf dem marginalisierten afrikanischen Kontinent. Auch wenn die Details von Fall zu Fall zu beurteilen sind, bleibt der Großteil der afrikanischen Wirtschaft primitiv. Afrika ist nach wie vor ein Kontinent, auf dem Rohstoffe zu Nominalpreisen in die sogenannten „entwickelten“ Volkswirtschaften exportiert werden, ... auf dem Fertigprodukte zu stark überhöhten Preisen importiert werden, ... auf dem die Volkswirtschaften unter enormen Verlusten an Arbeitsplätzen leiden, ... in denen Humankapital und die wenigen Fachkräfte und qualifizierten Arbeitskräfte aufgrund von Migration und Brain Drain abwandern; ... in denen die herrschenden Regime großzügig geliehenes Geld verschwenden, aber zynisch den Anschein von Fortschritt zur Schau stellen, während sie unter einer wachsenden Schuldenlast leiden; die in Korruption und politische Unterwerfung unter externe Kräfte verstrickt sind ... die aufgrund innerer Polarisierung und endemischer Krisen von Instabilität geplagt sind; ... und in denen sie mit einem raschen Bevölkerungswachstum sowie unmittelbaren Herausforderungen und Katastrophen konfrontiert sind. Das Szenario ist in der Tat sehr düster.

Warum war die Mission der Menschheit im neuen Jahrhundert erfolglos?

Die hochgeschätzte Mission beinhaltet keine neuartigen und ausgeklügelten Erfindungen oder ideologischen und philosophischen Dimensionen. Die Werte der Mission, auf die man sich berief und die den Kampf während der Epochen der Sklaverei untermauerten, haben sich in diesem sogenannten „neuen“ 20. Jahrhundert in keiner Weise verändert.

Die Bestrebungen der Menschheit sind:

1. Ihre wirtschaftlichen Ressourcen und die Erzeugnisse ihrer Arbeit fair zu besitzen und durch die Anhäufung von Reichtum einen nachhaltigen Weg des Fortschritts und des Wohlstands für künftige Generationen zu beschreiten.
2. Frieden und Stabilität zu sichern, um Wohlstand und Wirtschaftswachstum zu gewährleisten.
3. Um Fairness und Gerechtigkeit als wesentliche Voraussetzungen für Frieden und Stabilität zu schaffen.

4. Gegenseitigen Respekt, Komplementarität und Zusammenhalt/Integration zu fördern, um den größtmöglichen regionalen und globalen Frieden und die Stabilität sowie das gegenseitige Wachstum zu stärken.
5. Eine angemessene rechtliche Exekutivstruktur und damit verbundene Mechanismen für die Umsetzung dieser grundlegenden menschlichen Bestrebungen zu schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren

Auch wenn die Bestrebungen der Menschheit bislang noch nicht verwirklicht worden sind, dürfen ihre hochgeschätzten Ziele nicht aufgeschoben oder zurückgestellt werden. Das Scheitern bei der Erreichung der angestrebten Ziele kann nur zu einer stärkeren Widerstandsfähigkeit und einer größeren moralischen Verpflichtung führen.

In diesem Fall besteht die dringende Aufgabe für alle Völker der Welt darin, ihre Organisations- und Koordinierungsmechanismen zu stärken, um gegen die seit jeher bestehenden Ungerechtigkeiten (Herrschaft, Täuschung, Zwang, Einschüchterung, Plünderung und Monopolisierung ...) vorzugehen. Dies erfordert die Förderung umfassender Solidaritätsmechanismen sowie die kontinuierliche Überprüfung und Verfeinerung ihrer Strategien und Methoden.

In dieser Hinsicht sollten die Völker Afrikas angesichts der besonderen Hindernisse, mit denen sie konfrontiert sind, parallel zu den laufenden Bemühungen um die Konsolidierung einer breiten internationalen Allianz einen robusten Mechanismus entwickeln, um einen stärkeren Beitrag zur gemeinsamen Mission für eine neue Weltordnung zu leisten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Anlässlich der 80. Sitzung der UN-Generalversammlung möchte ich darauf hinweisen, dass ich mich aus Zeitgründen entschlossen habe, weder auf wichtige Fragen im Zusammenhang mit den offensichtlichen Mängeln der Vereinten Nationen und ihrer verschiedenen Organisationen noch auf mögliche Abhilfemaßnahmen näher einzugehen. Auch werde ich nicht auf die verschiedenen Initiativen eingehen, die derzeit von mehreren Parteien zur Schaffung einer neuen Weltordnung unternommen werden.

Ich danke Ihnen!

Eritreische Delegation nimmt an der UN-Generalversammlung teil



Asmara, 24. September 2025 – Eine eritreische Delegation unter der Leitung von Außenminister Osman Saleh nimmt an der 80. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York teil.

Der Delegation gehören Sophia Tesfamariam, Ständige Vertreterin Eritreas bei den Vereinten Nationen, Elsa Haile, Generaldirektorin für internationale Organisationen im Außenministerium, und Berhane Gebrehiwet, Geschäftsträger der eritreischen Botschaft in den Vereinigten Staaten, an.

Am Rande der Sitzung hielt die Delegation bilaterale Treffen mit den Außenministern des Sudan, Burundis, Griechenlands und Portugals ab. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Stärkung der bilateralen Beziehungen, der Austausch von Standpunkten zu internationalem Frieden und Sicherheit sowie andere regionale und globale Themen von gemeinsamem Interesse.

Außenminister Osman Saleh traf am 23.09.2025 mit Annette Weber, EU-Sonderbeauftragte für das Horn von Afrika, und Maria Malmer Stenergard, schwedische Außenministerin, zusammen. Die Gespräche mit der EU-Sonderbeauftragten konzentrierten sich auf wichtige Fragen des Friedens und der Sicherheit in der Region des Roten Meeres und am Horn von Afrika sowie auf die Zusammenarbeit zwischen Eritrea und der EU. Frau Weber lobte die entscheidende Rolle Eritreas bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit im Seeverkehr im Roten Meer. Beide Seiten betonten die Bedeutung der Achtung der territorialen Integrität,

Souveränität und Unabhängigkeit aller Staaten und vereinbarten, die Zusammenarbeit und Koordinierung in wichtigen regionalen und bilateralen Fragen fortzusetzen.





Im Mittelpunkt des Treffens mit der schwedischen Außenministerin stand die Stärkung der bilateralen Beziehungen und der Zusammenarbeit. Beide Seiten tauschten sich auch über die Friedens- und Sicherheitslage am Horn von Afrika aus.

Außenminister Osman Saleh führte auch Gespräche mit dem Außenminister Kubas, Bruno R. Parrilla, dem Außenminister Gambias, Sering M. Njie, und dem Außenminister des Sultanats Oman, Sayyid Badr bin Hamad bin Hamood Albusaidi.

Im Mittelpunkt des Treffens mit dem kubanischen Außenminister standen internationale Fragen von gemeinsamem Interesse und die Verbesserung der Zusammenarbeit in multilateralen Foren, einschließlich einer engen Koordinierung bei der Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.

Bei dem Treffen mit dem Außenminister Gambias bekräftigten beide Seiten ihr Engagement für die Stärkung der bilateralen Beziehungen und die Vertiefung der Zusammenarbeit in multilateralen Foren, um die Interessen Afrikas voranzubringen. Sie tauschten sich auch über die Herausforderungen für Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent aus.



Während der freundschaftlichen Gespräche mit seinem omanischen Amtskollegen Badr bin H. Albusaidi erörterte Außenminister Osman Saleh Möglichkeiten zur weiteren Stärkung der brüderlichen und historischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, insbesondere im Wirtschafts- und Handelsbereich. Sie befassten sich auch mit verschiedenen internationalen und regionalen Fragen von gemeinsamem Interesse.

Die eritreische Delegation unter der Leitung von Außenminister Osman Saleh traf sich am 28. September 2025 am Rande der 80. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York mit den Außenministern Ägyptens, Algeriens, Irans und Nicaraguas sowie dem stellvertretenden Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Korea und dem Erzbischof des Vatikans.

Bei einem produktiven Treffen mit Badr Abdelatty, dem Außenminister Ägyptens, standen wichtige Fragen des regionalen Friedens und der Sicherheit im Roten Meer und am Horn von Afrika im Mittelpunkt der Gespräche. Beide Seiten bekräftigten ihr festes Engagement für die Stärkung der dauerhaften freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern. Sie betonten ferner die Notwendigkeit, die unantastbaren und grundlegenden Prinzipien der Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten als Fundament der internationalen Beziehungen zu wahren.

Ebenso führten Außenminister Osman und Ahmed Attaf, Algeriens Minister für auswärtige Angelegenheiten und nationale Gemeinschaft im Ausland, ausführliche Gespräche über die Vertiefung der historischen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sowie über die Koordinierung und Angleichung ihrer Positionen in multilateralen Foren. In Bezug auf die Dynamik von Frieden und Sicherheit in der Region des Roten Meeres und am Horn von Afrika betonten beide Minister die Unantastbarkeit internationaler Verträge und die Grundsätze des Völkerrechts als grundlegende Säulen für freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen.

Minister Osman traf auch mit Abbas Araghchi, dem Außenminister der Islamischen Republik Iran, zusammen. Beide Seiten diskutierten über die Verbesserung der bilateralen Beziehungen und die Zusammenarbeit in multilateralen Foren.

Minister Osman führte außerdem Gespräche mit Erzbischof Paul Richard Gallagher vom Heiligen Stuhl und tauschte sich mit ihm über die Förderung der freundschaftlichen Kooperationsbeziehungen zwischen Eritrea und dem Vatikan aus.

Die Stärkung der bilateralen Beziehungen und der Zusammenarbeit in multilateralen Angelegenheiten und Foren stand auch im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Minister Osman und Kim Son Gyong, dem stellvertretenden Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Korea.

Bei seinem Treffen mit Herrn Denis Moncada Colindres, Ministerberater der Ko-Präsidenten der Republik Nicaragua für internationale Politik und Angelegenheiten, standen die Stärkung der bilateralen Beziehungen und die Behandlung internationaler Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse im Mittelpunkt der Gespräche. Beide Seiten bekräftigten erneut ihre Entschlossenheit, bei der Verteidigung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen eng zusammenzuarbeiten.

Minister Osman
Saleh führt
Gespräche mit dem
Seniorberater von
Präsident Trump

Asmara, 26. September 2025 – Außenminister Osman Saleh traf sich gestern am Rande der 80. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York mit Massad Fares Boulos, dem leitenden Berater von Präsident Trump für afrikanische Angelegenheiten, um Möglichkeiten für eine erneute Annäherung zwischen den beiden Ländern sowie die Aussichten für eine Zusammenarbeit in wichtigen Fragen des regionalen Friedens und der Stabilität zu erörtern.



Bei dem Treffen betonte Minister Osman die Bereitschaft Eritreas, sinnvolle Gespräche zu führen, die die nationale Souveränität respektieren und gleichzeitig Bereiche von gemeinsamem Interesse, insbesondere am Horn von Afrika, im Nilbecken und am Roten Meer, ausloten.

Minister Osman bekräftigte außerdem das Engagement Eritreas für eine regionale und nachhaltige Entwicklung und begrüßte die Gelegenheit, mögliche Wege für eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten zu prüfen.

Massad Fares seinerseits betonte das Interesse der Vereinigten Staaten an der Förderung des Dialogs und des Verständnisses in einer Region, die für den internationalen Handel, die Sicherheit und die Terrorismusbekämpfung von entscheidender Bedeutung ist.

Dieses Engagement wird den Weg für ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen den USA und Eritrea ebnen und möglicherweise Türen für einen Dialog über Handel, Investitionen, Infrastruktur, Verkehr, Kommunikation und Sicherheitspartnerschaften öffnen, während gleichzeitig langjährige Probleme in einem konstruktiven Rahmen angegangen werden.

Beide Seiten vereinbarten außerdem, den Austausch in den kommenden Monaten fortzusetzen, um die bilateralen Beziehungen wieder aufzunehmen.

An dem Treffen nahmen die Ständige Vertreterin Eritreas bei den Vereinten Nationen, Botschafterin Sophia Tesfamariam, und der Geschäftsträger der eritreischen Botschaft, Berhane Gebrehiwet, teil.

Erklärung von Außenminister Osman Saleh auf der jährlichen Ministertagung der Außenminister der am wenigsten entwickelten Länder



Jährliches Ministertreffen der Außenminister der am wenigsten entwickelten Länder, 26. September 2025,
10:00–13:00 Uhr

Herr Vorsitzender
Exzellenzen

Die am wenigsten entwickelte Länder leiden weiterhin am stärksten unter einem weitgehend ungleichen internationalen System. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung und das Aktionsprogramm von Doha sind nicht auf dem richtigen Weg. Die weltweiten Verpflichtungen zur Wiedergutmachung der historischen Ungerechtigkeiten, unter denen die LDCs gelitten haben, sind weitgehend nicht umgesetzt. Diese Realität wurde durch die sich überschneidenden globalen Krisen, für die unsere Staaten nicht verantwortlich sind, noch verschärft.

Es ist diese düstere Realität, die unser heutiges Treffen sowohl dringend als auch aktuell macht. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um dem Vorsitzenden für die Einberufung dieses wichtigen Treffens zu danken.

Für Eritrea sind die Herausforderungen, denen wir uns gestellt haben und weiterhin stellen müssen, tief in einer Geschichte kolonialer Ausbeutung und einem langjährigen Kampf um die Wahrung unserer

Souveränität und Unabhängigkeit verwurzelt. Externe Bedrohungen haben unsere Entwicklung immer wieder behindert. Die illegalen einseitigen Sanktionen haben unsere Wirtschaft stranguliert und unseren Zugang zu Finanzmitteln und Technologie eingeschränkt. Die wiederholten Aggressionen gegen unsere Nation und die finsternen Politiken, die darauf abzielen, unsere Existenz zu untergraben, haben uns gezwungen, unsere begrenzten Ressourcen von wichtigen Entwicklungsprogrammen abzuziehen und für die Verteidigung unserer Souveränität und territorialen Integrität einzusetzen.

Abgesehen von diesen externen Zwängen bleiben unsere größten Hindernisse struktureller Natur. Nach der Unabhängigkeit erbte Eritrea eine fragile wirtschaftliche Basis, eine unterentwickelte Infrastruktur und ein schwaches System für die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen, unzureichende personelle und institutionelle Kapazitäten sowie anhaltende Ernährungsunsicherheit, die durch die zunehmende Klimavulnerabilität noch verschärft wurde.

Angesichts all dieser Herausforderungen hat Eritrea einen Weg des strategischen Widerstands und der nationalen Widerstandsfähigkeit eingeschlagen, der auf einem Entwicklungsmodell basiert, das auf dem Prinzip der Selbstständigkeit und der Mobilisierung unseres größten Kapitals beruht: unserer Bevölkerung.

Wir haben uns geweigert, auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen zu sein. Stattdessen haben wir landesweite Kampagnen mit groß angelegten Projekten zur Erhaltung von Boden und Wasser, zur Anlage von Terrassen und zum Bau kleiner, mittlerer und großer Dämme gestartet. Unser Fokus lag stets darauf, unsere Bauerngemeinden zu befähigen, sich selbst zu versorgen, die Nation zu ernähren und eine günstige Grundlage für die Steigerung der Produktivität und der Ernährungssouveränität zu schaffen.

Wir investieren stark in Bildung und Gesundheit und legen den Schwerpunkt auf den Zugang zu grundlegenden sozialen Dienstleistungen, wobei wir benachteiligten Menschen in Randgebieten und schwer erreichbaren Gemeinden Vorrang einräumen. Unser Netzwerk aus Kliniken, Gesundheitszentren und Schulen, selbst in abgelegenen Gebieten, ist ein Beweis für unser Engagement für eine gerechte menschliche Entwicklung als Grundpfeiler des nationalen Fortschritts und der nationalen Entwicklung. Wir bauen wichtige Infrastrukturprogramme aus, wobei wir uns in erster Linie auf unsere nationalen personellen und materiellen Ressourcen stützen, um Eigenverantwortung und Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Heute ist Eritrea ein Symbol für Frieden und Stabilität in einer Region, die von ständiger Unsicherheit und Instabilität geprägt ist. Wir haben uns konsequent für die Gewährleistung der regionalen Sicherheit eingesetzt, da wir erkannt haben, dass es ohne Frieden keine Entwicklung und ohne Sicherheit keinen Frieden geben kann.

Unsere nationalen Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung im Land stehen im Einklang mit dem Geist und den Zielen der nachhaltigen Entwicklung und dem Aktionsprogramm von Doha. Obwohl Eritrea nur eine sehr geringe Schuldenlast hat, sind wir der Ansicht, dass das derzeitige internationale System, das Zwangsmaßnahmen zulässt und die Finanzstrukturen aufrechterhält, die Länder in Schulden gefangen halten, grundlegend unvereinbar mit den Zielen des Aktionsprogramms von Doha und der globalen Agenda für nachhaltige Entwicklungsziele ist.

Daher darf sich unser Appell heute nicht nur auf mehr Hilfe konzentrieren, sondern muss auch Gerechtigkeit, Gleichheit und strukturelle Veränderungen sicherstellen, die notwendig sind, um die

historischen Ungleichgewichte und Ungleichheiten zu beseitigen, die die am wenigsten entwickelte Länder in diese inakzeptable und prekäre Lage gebracht haben. Wir müssen die Süd-Süd-Zusammenarbeit durch den Austausch geeigneter und erschwinglicher Technologien, Know-how und Fachkenntnisse stärken. Und wir müssen uns allen Bemühungen widersetzen, unsere kollektive Stimme zu schwächen, und mit einer Stimme sprechen, um unseren rechtmäßigen Platz im globalen System einzufordern.

Wir müssen uns auch mit einer Stimme und in Solidarität für die sofortige und bedingungslose Aufhebung aller illegalen einseitigen Sanktionen einsetzen, die die Wirtschaft der betroffenen am wenigsten entwickelten Länder lähmen.

Die in den Ergebnissen der vierten internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung enthaltenen Verpflichtungen und die seit langem bestehenden Verpflichtungen zur Bereitstellung öffentlicher Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelte Länder müssen ohne weitere Verzögerungen oder Vorbedingungen erfüllt werden. Diese Unterstützung muss direkt, vorhersehbar und im Einklang mit unseren nationalen Prioritäten erfolgen.

Vor allem müssen die internationalen Finanzinstitutionen, das Entwicklungssystem und alle relevanten UN-Gremien reformiert werden, um den am wenigsten entwickelten Ländern eine bedeutende Stimme zu geben, die dazu beiträgt, die Umsetzung früherer und künftiger Zusagen und Verpflichtungen zu beschleunigen, die sich mit ihrer besonderen Situation befassen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Eritrea sich weiterhin den Grundsätzen, Prioritäten und Zielen des Aktionsprogramms von Doha und den Zielen für nachhaltige Entwicklung verpflichtet fühlt und der Ansicht ist, dass deren Verwirklichung einen grundlegenden Bruch mit den gescheiterten Modellen der Vergangenheit erfordert, damit wir die Erfüllung der Verpflichtungen, die Achtung der nationalen Eigenverantwortung, die bedingungslose Beseitigung von Entwicklungshemmnissen und eine echte globale Partnerschaft auf der Grundlage von Solidarität statt Wohltätigkeit gewährleisten können.

Darüber hinaus müssen die Mittel zur Umsetzung und Weiterverfolgung, Bewertung und Überwachung gestärkt werden. So können wir unsere Versprechen für eine nachhaltige und inklusive Entwicklung einlösen, die niemanden zurücklässt.

Angesichts der bevorstehenden Halbzeitüberprüfung des Aktionsprogramms von Doha unterstützen wir die heute verabschiedete Ministererklärung uneingeschränkt und hoffen, dass diese gemeinsame Stimme zur Verwirklichung des UN-Mottos „Better Together“ beiträgt, denn nur gemeinsam können wir die Ziele für nachhaltige Entwicklung und das Aktionsprogramm von Doha erreichen.

Ich danke Ihnen.

Erklärung von Außenminister Osman Saleh auf der 24. Ministertagung der Außenminister der LLDCs

Erklärung von S.E. Herrn Osman Saleh,
Außenminister des Staates Eritrea,
während der 24. jährlichen Ministertagung der LLDCs (Landlocked Developing Countries)
26. September 2025, New York



Herr Vorsitzender,
verehrte Delegierte,

ich möchte Bolivien für die Organisation der Ministerkonferenz danken. Meine Delegation möchte erneut der Regierung Turkmenistans zur erfolgreichen Organisation der dritten UN-Konferenz über Binnenentwicklungsländer in Awaza, Turkmenistan, gratulieren.

Das Awaza-Aktionsprogramm für Binnenentwicklungsländer ist mehr als nur ein politisches Dokument. Es ist ein wichtiger Rahmen für die Bewältigung der Herausforderungen beim Zugang zu globalen Märkten und für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung.

Es ist klar, dass kein Land isoliert prosperieren kann. Zusammenarbeit ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit. Das Awaza-Programm unterstreicht dies. Es fordert praktische, ergebnisorientierte Partnerschaften zwischen den Binnenentwicklungsländern, ihren Transitnachbarn und

Entwicklungspartnern. Damit das Aktionsprogramm jedoch erfolgreich sein kann, muss eine solche Zusammenarbeit auf den Grundsätzen des Völkerrechts beruhen: souveräne Gleichheit, gegenseitiger Respekt und Nichteinmischung.

Wir müssen betonen, dass wir keine effektiven Transitsysteme erwarten können, wenn die Souveränität untergraben wird oder rechtliche Verpflichtungen nicht eingehalten werden. Wahre Zusammenarbeit beginnt nicht mit Drohungen, sondern mit Vertrauen. Vertrauen entsteht, wenn Nationen die Unabhängigkeit, territoriale Integrität und gemeinsamen Verpflichtungen der anderen respektieren.

In diesem Zusammenhang möchte Eritrea erneut bekräftigen, dass es ein souveräner Küstenstaat ist und seine Häfen nationales Eigentum sind. Alle Vereinbarungen über ihre Nutzung, sei es zu kommerziellen oder logistischen Zwecken, sind direkt und bilateral zwischen Eritrea und dem Partner seiner Wahl auszuhandeln. Seine Häfen stehen nicht für die Nutzung durch ausländische Streitkräfte oder Marinen offen, und eine Vermittlung durch externe Mächte ist weder rechtlich erforderlich noch politisch akzeptabel. Der Zugang für einen Binnenstaat erfolgt nicht automatisch und erfordert auch keine Vermittlung durch Dritte. Das Völkerrecht, einschließlich des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen und der Gewohnheitsnormen, erkennt den Grundsatz der souveränen Kontrolle über Häfen an.

Herr Vorsitzender,

Eritrea ist der Ansicht, dass wir einen Paradigmenwechsel brauchen, weg von transaktionalen Vereinbarungen hin zu strategischen Partnerschaften. Eine Zukunft, in der Binnenentwicklungsländer und Transitländer nicht mehr isoliert voneinander agieren, sondern gemeinsam voranschreiten, vereint durch gemeinsame Interessen, gemeinsame Vorteile und ein gemeinsames Engagement für Frieden und Fortschritt. In dieser Hinsicht ist die Förderung der regionalen Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung. Auf diese Weise können wir sowohl den Zeit- als auch den Kostenaufwand für den Handel reduzieren. Dabei geht es nicht nur um Wirtschaft, sondern auch um die Förderung der regionalen Stabilität und Zusammenarbeit, die Erschließung des menschlichen Potenzials, die Schaffung von Chancen und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ganzer Regionen.

Abschließend möchte Eritrea betonen, dass es jede Einmischung von außen ablehnt, die seine Souveränität untergräbt.

Eritrea betont, dass der Zugang zu Häfen eine kommerzielle Angelegenheit und keine politische oder militärische Frage ist. Eritrea bleibt offen für kommerzielle Partnerschaften zu fairen und gleichberechtigten Bedingungen, und seine Häfen stehen weiterhin für den legitimen Handel zur Verfügung.

Vielen Dank.



**Erklärung von Frau Elsa Haile,
Generaldirektorin für internationale
Organisationen, während der
hochrangigen Tagung zum
dreißigsten Jahrestag der Vierten
Weltfrauenkonferenz am Montag,
22. September 2025**

Frau Präsidentin,
Exzellenzen,
verehrte Delegierte,
Frauen der Welt,

es ist mir eine Ehre, vor dieser Versammlung zu sprechen, zu einer Zeit, in der die Weltgemeinschaft aufgefordert ist, ihr Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter zu bekräftigen – nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten.

Die Frauen Eritreas stehen seit langem an der Spitze der nationalen Widerstandsfähigkeit, angefangen beim Tragen von Gewehren in den Schützengräben der Befreiung über die Förderung der Entwicklung bis hin zur Bewirtschaftung des Landes und der Erziehung von Familien in unseren Dörfern sowie der Stärkung der Gemeinschaften in der Diaspora.

Ihre Beiträge verkörpern das Prinzip der „Gleichstellung durch Teilhabe“. Dies spiegelt die Überzeugung wider, dass Gleichstellung kein Slogan ist, sondern eine Realität, die erreicht wird, wenn Frauen als gleichberechtigte Partnerinnen in allen Bereichen des sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens voll einbezogen werden.

Frau Präsidentin,

in den letzten fünf Jahren hat Eritrea entschlossene Schritte zur Institutionalisierung der Gleichstellung der Geschlechter intensiviert. Die nationalen Gesetze bieten nun einen stärkeren Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, sichern die Landrechte von Frauen, garantieren Arbeitsschutz und gewährleisten den Zugang zu Bildung und Gesundheit.

Eritrea hat fast die Gleichstellung der Geschlechter bei den Einschulungszahlen erreicht, wobei die Müttersterblichkeit in den letzten zwei Jahrzehnten insgesamt um 82 Prozent zurückgegangen ist, während

die Durchsetzung des Verbots von Frauenbeschneidung (FGM) aus dem Jahr 2007 zu einem deutlichen Rückgang geführt hat. Im Bereich der politischen Teilhabe führt Eritrea regelmäßig Kommunalwahlen durch, bei denen die Bürger Vertreter für Regionalversammlungen und Gemeinderäte wählen können, wobei Frauen 42 % der Sitze in den Regionalversammlungen innehaben.

Ebenso wichtig ist, dass die aktive Beteiligung von Frauen den wirtschaftlichen Wandel Eritreas beschleunigt. Frauen verrichten den größten Teil der landwirtschaftlichen Arbeit und leiten fast ein Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe, wodurch sie eine zentrale Rolle in der Nahrungsmittelproduktion und der ländlichen Wirtschaft spielen.

Frau Präsidentin,

wir feiern zwar die Fortschritte und die Widerstandsfähigkeit, die Frauen im ganzen Land gezeigt haben, aber wir sind uns auch der vor uns liegenden Herausforderungen bewusst. Der Fortschritt, obwohl er eine bedeutende Veränderung darstellt, ist nicht überall gleichermaßen spürbar. Wir müssen die anhaltenden und oft immer größer werdenden Herausforderungen anerkennen, die das Leben vieler Menschen, insbesondere von Frauen in ländlichen Gebieten, weiterhin prägen.

Mit Blick auf die Zukunft Eritreas bleiben wir fest entschlossen, die Fortschritte in den Bereichen Justiz und Rechte, Klimaschutz und Abbau von Barrieren in allen Sektoren zu beschleunigen, um neue Möglichkeiten zu schaffen.

Abschließend, Frau Präsidentin,

möchten wir den Frauen dieser Welt sagen: Unser Schicksal ist miteinander verflochten. Lasst uns gemeinsam voranschreiten – Frauen und Männer gleichermaßen –, um sicherzustellen, dass die nächsten dreißig Jahre keine schrittweisen Veränderungen, sondern einen echten Wandel bringen.

Vielen Dank.

Eine rücksichtslose Fantasie, die die regionale Stabilität und das Völkerrecht bedroht

In den letzten Wochen und Monaten sind die regierende Prosperity Party (PP) und ihre politischen und militärischen Vertreter in einen Overdrive-Modus verfallen, umgeben von großem Tamtam, mit dem sie ihr wahnhaftes und rücksichtsloses Streben nach dem, was sie als „souveränen Zugang zum Meer“ bezeichnen, „normalisieren“ wollen. Diese Erzählung, die durch eine Reihe von Reden, Zeremonien und Medienkampagnen aggressiv propagiert wird, versucht, eine unrechtmäßige, destabilisierende und

fehlgeleitete Agenda als legitimes nationales Anliegen darzustellen. Hinter diesem Spektakel verbirgt sich jedoch eine toxische Mischung aus Geschichtsrevisionismus, wirtschaftlicher Instabilität und bewusster politischer Ablenkung, die nicht nur die Stabilität Äthiopiens, sondern auch die gesamte Region bedroht.

Die Vertreter der PP haben große Anstrengungen unternommen, um diese maritimen Ambitionen als natürlich und unvermeidlich darzustellen. Durch sorgfältig inszenierte Kundgebungen, offizielle Erklärungen und verstärkte Medienberichterstattung versuchen sie, ein rücksichtsloses geopolitisches Glücksspiel als rationale nationale Politik zu verkleiden. Das Ziel ist klar: eine gefährliche Wahnvorstellung zu normalisieren, das Außergewöhnliche als gewöhnlich erscheinen zu lassen und sowohl das heimische als auch das internationale Publikum darauf zu konditionieren, unrechtmäßige Territorialansprüche als legitime Staatskunst anzusehen.

Um ihre Darstellung zu untermauern, haben die Führer der PP sogar begonnen, auf eines der dunkelsten Kapitel der modernen Geschichte der Region zurückzugreifen: die Zeit der Annexion. Indem sie auf diese unrechtmäßige und abscheuliche Vergangenheit anspielen und sie verherrlichen, verzerren sie nicht nur die Geschichte, sondern treten auch die Grundsätze der Souveränität und des Völkerrechts mit Füßen, die heute die Grundlage für die regionale Stabilität bilden. Diese bewusste Verherrlichung der Annexion ist nichts weniger als politische Blasphemie – eine rote Linie, die nicht einmal in Betracht gezogen, geschweige denn überschritten werden darf. Sie signalisiert eine alarmierende Bereitschaft, Aggression als Politik zu legitimieren, was schwerwiegende Folgen sowohl für Äthiopien als auch für seine Nachbarn hätte.

Was die abenteuerliche Haltung der PP noch alarmierender macht, ist der krasse Gegensatz zwischen ihrer Außenrhetorik und den internen Realitäten Äthiopiens. Die Regierung steht an der Spitze einer fragilen Wirtschaft, die nur durch regelmäßige Finanzspritzen des IWF (Internationale Währungsfonds), der Weltbank und einer Vielzahl bilateraler Geber am Leben erhalten werden kann. Die Inflation steigt rasant an und gehört unabhängigen Schätzungen zufolge zu den höchsten weltweit. Die offiziellen Zahlen zeichnen jedoch ein ganz anderes Bild, was die Glaubwürdigkeitslücke der Regierung deutlich macht. Gleichzeitig toben im ganzen Land weiterhin zahlreiche interne Konflikte, die einen hohen Tribut an Menschenleben, Vertriebenen und zerstörtem Eigentum fordern.

Anstatt sich jedoch auf diese dringenden Krisen zu konzentrieren und sie anzugehen, entscheidet sich PP dafür, das giftige Versprechen eines „souveränen Zugangs zum Meer“ in Aussicht zu stellen – eine Ablenkung, die die Aufmerksamkeit und die Ressourcen von der dringenden Aufgabe der nationalen Erholung und Versöhnung ablenkt.

Die Ablenkungstheorie des Krieges verdeutlicht, wie unbeliebte Führer Krisen im Ausland herbeiführen oder andere verteufeln, um von der Unzufriedenheit im eigenen Land abzulenken und durch einen „Rally-round-the-flag-Effekt“ Unterstützung zu mobilisieren. Das Verhalten von PP passt mit erstaunlicher Präzision zu diesem Modell: Wenn die Legitimität im Inland ins Wanken gerät, werden externe Bedrohungen und künstlich geschaffene Ambitionen als Ersatz für echte Führungsstärke herangezogen.

Getreu diesem Ablenkungsmanöver haben sich PP-Beamte auf ausgeklügelte Manipulationsversuche eingelassen. Sie veranstalten hochkarätige Gipfeltreffen zum Klimawandel, zur afro-karibischen Zusammenarbeit und zu anderen großen Themen, um Äthiopien als verantwortungsbewussten globalen Akteur darzustellen. Diese Spektakel verschleiern jedoch eher die zunehmenden innenpolitischen Krisen

des Landes, anstatt sie zu lösen. Indem es die Aufmerksamkeit auf grandiose internationale Auftritte lenkt, versucht das Regime, sowohl die heimische als auch die internationale Öffentlichkeit zu täuschen – es beansprucht moralische Führungsstärke im Ausland, während es die dringende Notwendigkeit von Frieden, Stabilität und Gerechtigkeit im eigenen Land und in der gesamten Region vernachlässigt.

Um es klar zu sagen: Eritrea ist nicht gegen eine Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn. Im Gegenteil, Eritrea hat sich stets für Vereinbarungen eingesetzt, die auf dem Völkerrecht basieren, transparent ausgehandelt und durch geeignete Modalitäten umgesetzt werden. Eine echte Zusammenarbeit kann jedoch nicht auf einseitiger Abenteuerlust oder revisionistischen Ansprüchen aufgebaut werden; sie erfordert gegenseitigen Respekt, rechtliche Klarheit und ein gemeinsames Bekenntnis zur Stabilität.

Die Gefahren der Strategie Äthiopiens reichen weit über seine Grenzen hinaus. Revisionistische Forderungen und rücksichtslose Rhetorik bergen die Gefahr, eine ohnehin schon fragile Region zu destabilisieren, Misstrauen zu schüren und die Aussichten auf Zusammenarbeit zu untergraben. Von den Nachbarländern Äthiopiens, die bereits jetzt seiner unberechenbaren Politik misstrauisch gegenüberstehen, kann nicht erwartet werden, dass sie unrechtmäßige Ambitionen ohne Konsequenzen hinnehmen.

Diese gefährlichen und unverantwortlichen Drohungen gegen die Souveränität und territoriale Integrität Eritreas verstoßen gegen die Gründungsakte der Afrikanischen Union, die Charta der Vereinten Nationen und die Grundprinzipien des Völkerrechts. Eine Legitimierung oder gar Duldung solcher Rhetorik würde nicht nur die Souveränitätsrechte Eritreas untergraben, sondern auch genau das Rahmenwerk schwächen, auf das sich die internationale Gemeinschaft zur Konfliktverhütung stützt.

Letztendlich ist die toxische Agenda der PP, sich „souveränen Zugang zum Meer“ zu sichern, sowohl rücksichtslos als auch unhaltbar. Sie stellt eine gefährliche Mischung aus historischer Verzerrung, wirtschaftlicher Verantwortungslosigkeit und bewusster Irreführung dar. Die Führer Äthiopiens täten weitaus besser daran, ihre innenpolitischen Krisen direkt anzugehen – indem sie interne Konflikte beenden, die zerstörte Wirtschaft wieder aufbauen und das Vertrauen der Öffentlichkeit wiederherstellen –, als um des politischen Überlebens willen mit dem Frieden in der Region zu spielen. Um Äthiopiens und der Region willen muss diese rücksichtslose Fantasie zugunsten von Rechtmäßigkeit, Stabilität und gesundem Menschenverstand abgelehnt werden.■

Verschiedene Programme im Zusammenhang mit dem 1. September

Asmara, 01. September 2025 – Im In- und Ausland fanden verschiedene Programme zum Gedenken an den 64. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes für die Unabhängigkeit Eritreas statt.

Ein vom Nationalfeiertagskomitee organisiertes Kulturprogramm wurde gestern im Kino Roma aufgeführt und vom eritreischen Fernsehen live übertragen. Die Veranstaltung umfasste Darbietungen, die die Bestrebungen und schweren Opfer des eritreischen Volkes für die Unabhängigkeit veranschaulichten. Sie

spiegelte auch die starke Widerstandsfähigkeit des eritreischen Volkes, die Botschaft des Tages und die Verantwortung wider, die nachfolgende Generationen von Eritreern tragen sollten.

Die Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit (PFDJ) gab ebenfalls eine Erklärung zum 64. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes für die Unabhängigkeit ab. In der Erklärung wurde dazu aufgerufen, die durch die Revolution des eritreischen Volkes erzielten Errungenschaften zu bewahren, die nationale Unabhängigkeit und Souveränität zu schützen und ernsthaft für die nationale Entwicklung zu arbeiten.

In ähnlicher Weise gedachten Staatsangehörige in den US-Städten Chicago und Raleigh, in Al-Namas, Saudi-Arabien, und in Österreich dem 64. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes für die Unabhängigkeit Eritreas.



Falls Sie diesen Newsletter regelmäßig erhalten möchten, bitte kontaktieren Sie uns unter dieser E-Mail: botschafteripubdiplomacy@t-online.de



Der Internationale Tag der Alphabetisierung am 8. September wurde auf nationaler Ebene unter dem Motto „Förderung der Alphabetisierung im digitalen Zeitalter“ begangen..



Meskel, die Auffindung des Wahren Kreuzes, wurde am 27.09.2025, im ganzen Land farbenfroh gefeiert.



Herausgeber:
Botschaft des Staates Eritrea in Deutschland
- Public Diplomacy und Medien –
Stavangerstr. 18
10439 Berlin
Tel: 030-44 67 46 17

Für noch mehr Informationen über Eritrea bitte besuchen Sie unsere Website
<https://botschaft-eritrea.de>
E-Mail: botschafteripubdiplomacy@t-online.de